

## **5 Einwendungen der Gemeinde Redwitz a.d. Rodach zum Netzentwicklungsplan 2025**

Am 30.10.2015 haben die Netzbetreiber den ersten Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2025 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Er ist auch im Internet unter [www.netzentwicklungsplan.de](http://www.netzentwicklungsplan.de) veröffentlicht.

Als Ersatz für den Neubau des Projekts P44 wird eine Netzverstärkung zwischen Altenfeld – Redwitz – Würgau - Ludersheim vorgeschlagen. Dies betrifft somit die momentan im Bau befindliche 380-kV-Leitung von der thüringisch/bayerischen Grenze nach Redwitz.

Da die derzeit errichteten Masten nicht ausreichen, um zwei zusätzliche Systeme aufzunehmen, müssten die Masten deshalb entweder abgebrochen und größer neu errichtet werden oder eine zweite Trasse wäre in einem Abstand von etwa 60 m neu zu bauen. Die Trasse ist 37 km länger als die ursprüngliche P44.

Bereits in der letzten Sitzung hat der Gemeinderat das Projekt P44 mod als untragbar abgelehnt. Etliche Gemeinden aus den Landkreisen Coburg und Lichtenfels sowie die Landkreise selbst haben sich ebenfalls gegen dieses Vorhaben ausgesprochen. Die Bundestags- und Landtagsabgeordneten wurden eingeschaltet, diese lehnen das Projekt ebenfalls ab. Der Landrat hat auch die Minister Söder und Huml schriftlich um Unterstützung gebeten. Am Sonntag, 22.11.2015, fand in Rödental eine Großdemonstration statt, die landesweit Beachtung fand. In den Rathäusern Redwitz und Marktgraitz sowie an den Weihnachtsmärkten in Redwitz und Marktgraitz liegen Unterschriftenlisten auf, die an die Bundesnetzagentur weitergeleitet werden.

Einwendungen kann jeder aber auch im Rahmen der sogenannten Konsultation direkt online bis 13.12.2015 bei der Bundesnetzagentur unter [www.netzentwicklungsplan.de](http://www.netzentwicklungsplan.de) erheben. Rückmeldungen aus der Konsultation fließen in den zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans ein, der im Frühjahr 2016 veröffentlicht werden soll.

Der Kreisausschuss des Landkreises Lichtenfels hat am 21.10.2015 eine Resolution zum weiteren Ausbau des Stromnetzes mit folgendem Inhalt beschlossen:

### **Resolution zum weiteren Ausbau des Stromnetzes im Landkreis Lichtenfels**

1. Der Bau weiterer Stromtrassen durch den Landkreis Lichtenfels wird vollumfänglich abgelehnt.

Der Landkreis Lichtenfels ist bereits durch die 380 kV-Leitung von Altenfeld zum Umspannwerk Redwitz (derzeit im Bau), die 380 kV-Leitung vom Umspannwerk Redwitz über Würgau nach Grafenrheinfeld (am 02.06.2015 planfestgestellt) und den Ersatzneubau einer 380 kV-Leitung Redwitz - Schwandorf (Raumordnungsverfahren wird demnächst eingeleitet) schon in erheblichem Maß von durch die Energiewende bedingten Baumaßnahmen betroffen.

Demnach durchziehen künftig 9 Überlandleitungen den Landkreis Lichtenfels:

- 110 kV-Leitung Redwitz – Oberwallenstadt – Ebensfeld
- 380 kV Leitung Altenfeld – Redwitz
- 380/110 kV Leitung Redwitz – Landesgrenze (Remptendorf)
- 380 kV Leitung Redwitz – Schwandorf
- 110 kV Leitung Redwitz – Friesen
- 110 kV Leitung Redwitz – Kulmbach
- 380 kV Leitung Redwitz – Würgau – Grafenrheinfeld
- 110 kV Leitung Ebensfeld – Ebern
- 110 kV Leitung Würgau – Kulmbach

Dazu kommen Bahnstromleitungen entlang der Bahntrassen wie die 110 kV-Leitungen Lichtenfels – Unterleiterbach und Lichtenfels – Ebersdorf.

2. Zudem wird der Landkreis Lichtenfels durch die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ stark belastet. Enteignungen, Baulärm und -schmutz, Landschaftszerschneidung und Verkehrsbelastungen sind die Folgen.

Beeinträchtigt ist unser Raum insbesondere durch:

- Bau der BAB 73 zwischen Bamberg und Suhl (12 km Neubaustrecke)
- Neubau der B 289 zwischen Lichtenfels und Untersiemau (2,6 km)
- Bau der ICE-Neubaustrecke Nürnberg – Ebensfeld – Erfurt (11 km)
- Durch den 4-gleisigen Ausbau ist eine 9 monatige Komplettspernung der Bahnstrecke Bad Staffelstein – Breitengüßbach bedingt.
- Zudem zeitgleich zur Bahnspernung eine einstreifige Befahrbarkeit der BAB 73 mit dem Schienenersatzverkehr auf dieser Strecke. Staus und Unfälle sind hier vorprogrammiert!
- Umleitungsverkehre durch kleine Ortschaften
- Verlust des ICE-Halts Lichtenfels ab 2018

3. Weitere Eingriffe ins Landschaftsbild und eine Umnutzung von landwirtschaftlichen Flächen wurden durch Maßnahmen für die Erzeugung von erneuerbaren Energien getätigt. Die sind insbesondere

- Solarpark auf dem Jura (davon 23,2 ha im Landkreis Lichtenfels) und weitere Flächen für Photovoltaikanlagen im Gottesgarten
- 8 Vorrangflächen für Windenergie (bereits errichtet bzw. genehmigt: 5 Anlagen je 2,5 MW).

Durch die aufgeführten Maßnahmen liegt die Vermutung nahe, dass unsere Region bereits heute als sog. „vorbelasteter Raum“ gilt und damit als „Durchgangsraum“ für mögliche neue Trassen bevorzugt werden könnte. Dieser neuen „Raumkategorie“ erklären wir hiermit eine deutliche Absage. Neue Trassen mit neuen Masten erfordern zusätzliche ökologische Kompensationsmaßnahmen, die auch wieder in unserer Region stattfinden müssen. Dies hätte massive Folgen für künftige, die Weiterentwicklung der Region betreffende wichtigen Projekte, die ebenfalls Ausgleichsflächen benötigen würden.

Die Auswirkungen der Energiewende haben folglich maßgeblich unsere Region als Teil des ländlichen Raumes zu tragen, was in keinem Falle akzeptiert werden kann. Dies widerspricht zudem vielen Zielen und Grundsätzen des

Landesentwicklungsprogrammes Bayern, dem Regionalplan Oberfranken-West sowie unserem Kreisentwicklungskonzept und dem Klimaschutzkonzept unserer Region.

Weitere Beeinträchtigung der Kultur- und Erholungslandschaft in der Gesundheitsregion Obermain und eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung durch Infrastrukturprojekte zur Umsetzung der Energiewende sind somit nicht zumutbar. Dies gilt in gleicher Weise für mögliche Erdverkabelungstrassen.

Abschließend werden die Netzbetreiber aufgefordert, die Konsultationsverfahren zu Netzentwicklungsplänen und deren Entwürfen grundsätzlich den betroffenen Landkreisen rechtzeitig schriftlich mitzuteilen, die Fristen zur Äußerung darin exakt zu benennen sowie Internetlinks für die Fachplanung und die Abgabe der Stellungnahme anzugeben.

Der Landkreis Lichtenfels wird alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Realisierung der Trassen zu verhindern.

Ein Gemeinderatsmitglied verwies auf eine Untersuchung der Uni-Klinik Aachen, die einen Zusammenhang zwischen der Zunahme von neurodegenerativen Erkrankungen und Arbeiten im Hochspannungsbereich vermutet. Jedenfalls sei nicht nachgewiesen, dass durch die Zunahme der Voltstärken die Bevölkerung keinen Schaden nehme.

Ein Gemeinderatsmitglied forderte ein Gesamtkonzept der Netzbetreiber. Wie die jetzige Sachlage zeige, sei ein solches nicht vorhanden.

### **Beschluss:**

Die Gemeinde Redwitz schließt sich uneingeschränkt der Resolution des Landkreises Lichtenfels an und unterstützt diese. Die Trasse P44 mod ist zudem ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll, da sie 37 km länger als die Trasse P44 ist. Der Landverbrauch ist dadurch wesentlich größer. Die Aufnahmekapazität des Umspannwerkes Redwitz ist erschöpft.

Das Projekt P44mod sowie event. weitere Projekte über das Gemeindegebiet Redwitz werden als untragbar abgelehnt. Die Gemeinde Redwitz hat schon mehr als einen ausreichenden Beitrag zur Energiewende geleistet

- durch den Neubau der 380 kV-Leitung von Altenfeld nach Redwitz
- durch die Verstärkung auf 380 kV der Leitung von Redwitz über Würgau nach Grafenrheinfeld

- durch den geplanten Ersatzneubau der 380 kV-Leitung von Redwitz nach Schwandorf (Ostbayernring)

- Ausbau der 380 kV-Leitung von Remptendorf nach Redwitz mit Hochtemperaturseilen zur Steigerung der Übertragungsfähigkeit von 2600 auf 3600 Ampere.

Weitere Leitungen beeinträchtigen erheblich das Orts- und Landschaftsbild und die Lebensqualität. Dies gilt auch für eine mögliche Erdverkabelungstrasse.

Die Gemeinde Redwitz befürchtet zudem, dass diese Bündelung von Stromleitungen eine massive Beeinträchtigung der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger durch elektromagnetische Felder zur Folge hat.

Die Gemeinde Redwitz wird alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Realisierung der Trassen zu verhindern.

Weiterhin fordert die Gemeinde Redwitz für die nächste Version des NEP eine zukunftsweisende Gesamtlösung für den Raum Redwitz mit den damit verbundenen Ausbaumaßnahmen der Hochspannungstrassen sowie des Umspannwerkes Redwitz ein.